

„Protest gegen die fortschreitende Diktatur“

Der Rücktritt des sowjetischen Außenministers Eduard Schewardnadse am 20. Dezember 1990

Am 20. Dezember 1990 erklärte der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse vor dem Kongreß der Volksdeputierten überraschend seinen Rücktritt. „Mein Rücktritt ist meine Flagge, die meinen Protest gegen die fortschreitende Diktatur ausdrücken soll“, erklärte Schewardnadse zur Begründung. „Die Diktatur gewinnt an Boden. Die Reformer haben die Bühne verlassen. Niemand weiß, welche Art von Diktatur das sein wird und wer der Diktator sein wird.“ Er werde weiterhin die „Ideen der Perestroika, der Erneuerung und Demokratie“ unterstützen und glaube, daß diese sich durchsetzen werden. Der Sprecher des Außenministeriums, Witali Tschurkin, erklärte, eine solche Entscheidung „wird nicht leichten Herzens getroffen“, sie habe Schewardnadse „viele schlaflose Nächte gekostet“, der Minister sei jedoch davon überzeugt, daß er ein solches Opfer bringen müsse, „um die Errungenschaften dieser jungen Demokratie zu bewahren“. Alexander Jakowlew, wie Schewardnadse einer der Weggefährten der ersten Stunde bei Gorbatschows Wende zu Glasnost und Perestroika 1985, nannte den Schritt des Außenministers das Resultat einer „Offensive der reaktionären Kräfte“ und betonte: „Wir sind Zeugen einer heranrollenden rachsüchtigen und gnadenlosen konservativen Welle.“ Sowohl Schewardnadse als auch Jakowlew hatten bereits bei der letzten Neuwahl des Politbüros auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Präsident Gorbatschow verurteilte den Rücktritt Schewardnadses, den er für das neugeschaffene Amt des Vizepräsidenten habe vorschlagen wollen. Der Außenminister blieb bis zur Ernennung seines Nachfolgers Besmertnych am 15. Januar 1991 im Amt. (Zitatenach „Die Welt“ vom 21. 12. 1990) Nachstehend veröffentlichen wir zwei Texte zur Verdeutlichung der Positionen Schewardnadses. D. Red.

Bericht der „Moskowskije Nowosti“ über ein Gespräch mit dem zurückgetretenen Außenminister am Jahreswechsel (Wortlaut)

In ihrer ersten Ausgabe nach dem Jahreswechsel berichtet die Wochenzeitung „Moskowskije Nowosti“ über ein Gespräch ihres Chefredakteurs Jegor Jakowlew mit dem am 20. Dezember zurückgetretenen sowjetischen Außenminister. Nachstehend der Wortlaut des Berichts (in der Wiedergabe der „tageszeitung“ vom 10. 1. 1991). D. Red.

Schewardnadse betonte, daß seine Rücktrittsentscheidung nichts mit seinem Verhältnis zu Michail Gorbatschow zu tun habe, das im übrigen seit langen Jahren vertrauensvoll sei. Sein Entschluß sei auch nicht Ergebnis einer momentanen Emotion gewesen. Die Gründe lägen woanders:

„Der bisherige außenpolitische Kurs der Sowjetunion hat Früchte getragen, die auf einer Interessenbalance und gegenseitiger Partnerschaft fußen und erste Wirkungen zeigen. Ich habe mich bemüht, niemanden zu täuschen, und ich habe darauf geachtet, daß man auch mich nicht betrügt. Das ist mir gelungen. Doch schließlich bin ich zu folgender Überzeugung gelangt: Sollte sich die Destabilisierung des Landes fortsetzen und der Demokratisierungsprozeß zum Erliegen kommen, dann ließe sich damit auch der bisherige außenpolitische Kurs nicht mehr weiterverfolgen. Die Entwicklung der Ereignisse könnte zu einer Wiederholung dessen führen, was in Tbilissi oder Baku geschehen ist - über was für ein neues Denken läßt sich dann noch reden.

Natürlich, wir werden wie früher bestrebt sein, die Beziehungen mit allen Ländern auszubauen. Nur, ob unsere Partner das dann noch wollen? Sie können nicht die öffentliche Meinung in ihren Ländern außer acht lassen.

Alle sind sich darin einig, daß das Land in einer Krise steckt - Chaos und Anarchie brechen herein. Und in solch einer Zeit stellen viele die Möglichkeit einer Diktatur in Abrede. Ich dagegen glaube: Wenn es dem Land nicht gelingt, die Krise zu überwinden, dann wird eine Diktatur unausweich-

Dokumente zum Zeitgeschehen

lich. Was könnte ein Ausweg sein? Das Volk und die Völker müssen sich wieder zusammenfinden. Und das sollten vor allem die demokratischen Kräfte in Angriff nehmen - um die Demokratie zu erhalten, die Souveränitätsbestrebungen, die heute formuliert werden, zu bewahren und um unser aller Rettung wegen. Dramatisiere ich? Nein, ich glaube nicht.

Immer wieder hören wir heute, Disziplin und Ordnung seien unverzichtbar. Selbstverständlich sind sie unverzichtbar. Nur, bedauerlicherweise verstehen sehr viele unter Disziplin und Ordnung den Einsatz gewaltsamer Methoden. Ich bin nicht davon überzeugt, daß die Präsidialherrschaft und andere Strafmaßnahmen, worauf auch immer sie abzielen mögen, geeignete Mittel sind, unsere derzeitigen Probleme zu lösen.

Mir fällt es sehr schwer, mich mit dem Gedanken abzufinden, daß auf dem Hintergrund des Demokratisierungsprozesses Gewaltakte, Gesetzlosigkeit und Repressalien zulässig werden. Und wird sich das etwa nicht auch im außenpolitischen Kurs des Landes, im Erscheinungsbild der Sowjetunion niederschlagen?

Mein Schritt zurückzutreten war der denkbar einfachste, vielleicht naiv, aber auf jeden Fall ehrlich: Er sollte die Deputierten zur Vorsicht gemahnen und den Kongreß vor einer wirklichen Gefahr warnen. Leider sah die Mehrheit des Kongresses die Dinge anders."

Schewardnadse glaubt, der einzige Weg aus der mißlichen Lage des Landes führt über die Überwindung der Tatenlosigkeit. „Vor drei Jahren, während Gesprächen mit einem westlichen Politiker, erhielten wir eine Reihe guter Tips, wie wir unseren riesigen Kaufkraftüberhang, dem keine Waren gegenüberstehen, abbauen könnten: Der Kauf von Eigentumswohnungen sollte erlaubt werden, und die Banken sollten ihre Sparzinsen drastisch anheben. Der Rat wurde sorgfältig geprüft, bis Anweisungen erlassen wurden, ihn umzusetzen. Aber es hat geschlagene drei Jahre gedauert, um die Entscheidung der Zinserhöhung tatsächlich durchzubringen. Dann war es natürlich schon zu spät: Die Leute hatten kein Interesse mehr, ihr Geld zu sparen. Statt dessen suchten sie nach Wegen, ihr Geld auszugeben."

„Das Problem ist, viele von uns kümmern sich nicht mehr um die praktische Arbeit. Ständig sind wir auf Sitzungen: bei Kongressen, Treffen oder auf Plena, anstatt unsere Entscheidungen auszuführen. Das betrifft Beamte, Minister und sogar den Präsidenten in gleicher Weise. Wir verabschieden Gesetze, die aber nicht implementiert werden. Der Präsident hat zur Zeit die schwierigste Aufgabe: Er war der erste, der einen entschiedenen Anfang gemacht und mutige Schritte unternommen hatte. Aber jetzt steht er unter großem Druck. . ."

Die momentane Lebensmittelkrise empfand Schewardnadse als wirklich schmerzlich. „Denn wir wissen, das Land verfügt über genauso viele Nahrungsmittel wie ehedem, nur gelangen die Sachen nicht zu den Menschen. Da sehr viel über Sabotage und Spekulation geredet wird, müssen wir uns mit der Lebensmittelrationierung abfinden. Jeder sollte seine 200 Gramm Butter im Monat garantiert bekommen. Wenn der Staat über keine eigenen Rücklagen verfügt, muß er dafür die ausländischen Kredite nehmen. Dennoch, bisher haben die Menschen von diesen Krediten nichts gehabt. Noch gibt es genug von solchen, die glauben: Je schlechter, desto besser. Der Ausweg kann jedoch nicht in der Errichtung einer Diktatur bestehen, sondern nur, indem wir die elementare Ordnung im Rahmen von Demokratie und Gesetz stärken."

Zu seinen persönlichen Plänen für das Jahr 1991 meinte Schewardnadse, er würde gerne eine Gesellschaft ins Leben rufen, die sich mit Fragen der Außenpolitik befaßt. „Es gibt eine ganze Menge interessanter Leute, die sich mit der Analyse und Prognose internationaler Fragen befassen möchten. Es ist gar nicht so unwahrscheinlich, daß die Ansätze, die wir bis heute zur Lösung sehr schwieriger internationaler Probleme entwickelt haben, auch uns bei der Überwindung unserer eigenen inneren Nationalitätenkonflikte von Nutzen sein könnten."

Eduard Schewardnadses ungehaltene Rede vom 20. Dezember 1990

Statt die nachstehende Rede zu halten, erklärte der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadsse am 20. 12. 1990 vor dem 4. Volksdeputiertenkongreß der UdSSR seinen Rücktritt. Wir dokumentieren sie in der geringfügig gekürzten Wiedergabe der „Frankfurter Rundschau“ vom 22. 12. 1990 (Übersetzung: Elfie Siegl). D. Red.

Der „Kalte Krieg“ ist zu Ende. Die Veränderungen in den Ländern Osteuropas, die Vereinigung Deutschlands haben die Frage der Demontage der Strukturen des militärischen Gegensatzes, die Bildung neuer Mechanismen gesamteuropäischer Sicherheitsgarantien auf die Tagesordnung gesetzt. Die Außenpolitik des Landes mußte Antworten auf diese Herausforderungen der Zeit finden, eine zuverlässige Linie der Interessengarantie für unsere Sicherheit und für die Bedürfnisse unserer inneren Entwicklung finden.

Entscheidende Bedeutung hatte die Absage an die Konfrontation, der Übergang zur Verteidigungsdoktrin und zum Prinzip einer vernünftigen und ausreichenden Verteidigung. Es gelang uns gerade auf dieser Basis, neue Beziehungen mit den USA und mit anderen Ländern des Westens herzustellen. Diese Linie erhielt die nötige Unterstützung des ersten Volkskongresses.

Die Früchte des außenpolitischen Kurses, begründet auf das neue politische Denken, waren nicht nur wichtige Abkommen und Verträge, Vertrauensmaßnahmen, der wissenschaftlich-technische Austausch, der Handel.

Die Ergebnisse der neuen Politik spüren wir besonders heute, in einem Augenblick, wo das Land sich in einer schweren, kritischen Lage befindet, auf viele Schwierigkeiten stößt. Niemand von außen, ich wiederhole, keiner nutzte auch nur irgendeinen das Land schwächenden Faktor aus, um uns zusätzliche Probleme zu bereiten, uns zu schaden. Im Gegenteil, alle, ich wiederhole, alle bemühen sich, uns zu unterstützen und tun das völlig unentgeltlich; denn jeder sieht die riesige Bedrohung seiner nationalen Interessen in unserer inneren Disharmonie.

In einer Zeit der längst nicht günstigen Lage der Dinge im Land hat die Außenpolitik die äußeren Bedrohungen dem Land vielleicht auf ewig genommen. Mehr noch, sie hat in Doktrin und Praxis zur Bildung solcher Standards und Normative des zivilisierten internationalen Seins beigetragen, unter denen Ansprüche und Versuche, sich mit Gewalt etwas anzueignen, heute von der Weltgemeinschaft als unduldsame Erscheinung bewertet werden, die eine kollektive Verurteilung und Abwehr erfordern. Alles das hat für die internationale Politik unsere Perestroika, unsere gesellschaftliche Erneuerung gebracht.

Raubt, Genossen, der Perestroika nicht unsere größten Verdienste gegenüber dem eigenen Land und der Welt. Darauf sind wir mit Recht stolz.

Die UdSSR ist in den Augen der Welt eine andere geworden und hat dabei längst nicht, wie einige behaupten, Freunde verloren. Wenn man als Maßstab von Freundschaft wirtschaftliche Subventionen und Waffen für einzelne Länder und Gruppen ansieht, wenn man für die Bekräftigung dieser Freundschaft zu Gewaltmitteln greift, dann mag die Zahl der so gewonnenen Freunde ruhig abnehmen. Sie wächst dort um ein Vielfaches, wo wir uns wie ein zivilisiertes Land verhalten, das internationales Recht achtet und sich von allgemein menschlichen Werten leiten läßt.

Das Ergebnis eines solchen Verhaltens ist die Errichtung qualitativ neuer Beziehungen zu den führenden Staaten der Welt, gegründet auf Partnerschaft und gegenseitiges Handeln. Es ist die Schaffung eines allgemein europäischen und perspektivisch euroasiatischen Wirtschaftsraumes, Rechts-, Kultur- und kollektiver Sicherheitsstrukturen, begleitet von bilateralen, dem Inhalt und der Bedeutung nach großen Verträgen. Das Ergebnis ist eine breite Zusammenarbeit mit ausnahmslos allen Staaten der Welt bei der Lösung regionaler und globaler Konflikte, darunter auch der nicht leichten Probleme der Entwicklungsländer. Ein neues Element der internationalen Beziehungen wurde die wachsende Rolle der UN als Zentrum der abgestimmten Bemühungen der ganzen Welt. Wie eindrucksvoll auch unser außenpolitisches Aktiv ist - wir befinden uns doch erst am Anfang des Weges.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Das Ende des Wettrüstens ist noch nicht unumkehrbar geworden, die Nuklear-Raketen-Technologie durchdringt immer noch ihre früheren Regionen, in einer Reihe von Ländern wachsen die Vorräte an chemischen und bakteriologischen Waffen, das Niveau des Verkaufes von konventionellen Waffen sinkt nicht. In den von der Schlacht des „Kalten Krieges“ befreiten Zonen entstehen Spannungsherde. Es verbreitern sich die Zonen ökologischer Katastrophen, des Hungers, der Schuldenversklavung.

Jetzt kommt zu diesen globalen Bedrohungen noch eine hinzu, mehr noch, eine, die für uns und die Welt gefährlich ist: die Instabilität in der UdSSR, die potentielle Drohung des Zerfalls der nuklearen Supermacht.

Stabilität - das bedeutet nicht nur eine gesunde Wirtschaft und normale zwischennationale Beziehungen. Das ist außerdem eine nicht schwankende Standfestigkeit der Macht. Glauben Sie mir, die Welt hat schwere Momente durchlebt, hat darauf gewartet, auf welchen Knopf Sie bei der Abstimmung am ersten Arbeitstag des Kongresses (Mißtrauensantrag gegen Gorbatschow; d. Red.) drücken würden. Es scheint, daß jetzt nicht nur das Drücken des nuklearen Knopfes, sondern eine völlig normale demokratische Prozedur in einigen Minuten das Schicksal der Welt entscheiden kann. Vor welchem Hintergrund steht dann das Gerede über die „hyperdiktatorischen Vollmachten des Präsidenten des Landes“!

Es gibt ein Fazit: die Demokratie bedarf des Schutzes, des Schutzes vor denen, die die Regeln des parlamentarischen Kampfes zu frei auslegen, die ihre Freiheit der Willensäußerung nicht mit der Verantwortung ihrer Gedanken und Taten bekräftigen.

Für mich ist das eine schmerzliche Frage; denn ich bin einer von denen, die zusammen mit Michail Sergejewitsch (Gorbatschow; d. Red.) die Perestroika auf den Wegen der Demokratisierung des Landes begonnen haben. Zusammen mit ihm trage ich die Verantwortung für alles, nicht nur für die Außenpolitik. Ich habe das Gefühl einer persönlichen Schuld, wenn ich sehe, wie . . . unsere neugeborene Demokratie sich der Mißbildung unterwirft. . .

Es steht außer Zweifel, daß die in der Übergangsperiode zum Markt entstehenden Schwierigkeiten nur mit unseren eigenen Anstrengungen überwunden werden können. Aber es wäre ein ernster Rechenfehler, äußere Unterstützung zu verweigern. Im Kern der Sache geht es um die Schaffung von äußeren Strukturen der Unterstützung der inneren Wirtschaftsreformen.

Jetzt werden Varianten für Programme der konsultativ-technischen Sicherstellung der Wirtschaftsreformen beim Internationalen Valuta-Fonds und der Weltbank durchgearbeitet. Die Europäische Gemeinschaft stellt 1991 Geld für die Vorbereitung sowjetischer Verwaltungskader zur Verfügung. Daran beteiligt sich die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

Nach vorläufigen Angaben beträgt die allgemeine Summe verschiedener Arten von Krediten und Subsidien für die UdSSR rund 18 Milliarden Dollar; wir können sie in Anspruch nehmen oder nicht - sie stehen uns zur Verfügung.

Ich möchte besonders betonen, daß politische und geschäftliche Kreise in den Partnerländern beunruhigt sind, weil sie nicht wissen, mit wem sie es in der UdSSR zu tun haben. Die Desintegration der Wirtschaftsverbindungen zwischen den Regionen erschwert die internationale Kooperation, behindert die geregelte Einbeziehung des Landes in den ökonomischen Weltprozeß.

Gespräche mit den Führern der großen Staaten, den Leitern von Finanz- und Bankinstituten zeugen davon, daß die Anwesenheit eines einheitlichen Wirtschaftsraumes, gegründet auf Marktbeziehungen, im Ausland als nötige Voraussetzung für eine breitangelegte Kooperation angesehen wird. Man warnt uns direkt: Große Kapitalinvestitionen erfordern eine große politische Stabilität und gesetzgeberische Klarheit.

Ich muß noch Probleme anderer Art hier erwähnen. Die politischen Kämpfe haben die Grenzen des Zulässigen und Vernünftigen unterspült, brachten unverantwortliche Erklärungen und Spekulationen hervor. In den Foyers des Kongresses wurden etwa „Nachrichten“ über einen Plan,

bewaffnete Kontingente in das Gebiet des Persischen Golfs zu entsenden, verbreitet; als Urheber wurde ich genannt. Es gab und gibt derartige Pläne nicht. Die UdSSR hält einen gemäßigten Kurs bei der friedlichen Lösung der Krise ein. Es gibt direkte Bemühungen, eine offene und ruhige Diplomatie um des Friedens im Nahen Osten willen. Ich wiederhole: Kein einziger unserer Bürger wird am Persischen Golf kämpfen. Das einzige, das uns zu den äußersten Maßnahmen treiben könnte, ist die Bedrohung des Lebens und der Freiheit sowjetischer Bürger. Wir können sie nicht der Abrechnung räuberischer Willkür ausliefern, in welchem Land auch immer.

Ich weiß aus persönlicher Erfahrung und erkläre noch einmal, daß ich für eine moderne Berufsmarine bin, die das Beste hat, was Wissenschaft und Technik bieten können, für ein Offizierstum, das seinen Platz in einer Reihe mit anderen Berufen und Ständen hat. Für ein hohes Niveau der materiellen Versorgung und sozialen Schutz von Soldaten und Offizieren, der nicht unter dem der führenden NATO-Länder liegt. Und ich bin für eine ihnen gleiche Ausbildung. Ich bitte ferner, die Gespräche über Zugeständnisse und Kompromisse im Kontext der inneren Lage des Landes und seiner realen Möglichkeiten und Bemühungen zu beenden. Ohne solche sogenannten Zugeständnisse würden wir den Krieg in Afghanistan fortsetzen, unsere Kinder in Tod und Verderben schicken.

Indem wir uns hinter der Richtigkeit der These vom proletarischen Internationalismus versteckten, mußten wir die Erhebungen der Völker der Länder Osteuropas unterdrücken. Und in unseren Beziehungen zu China konnten wir auf den sogenannten prinzipiellen Positionen beharren, scholastische Streitgespräche über die reine Lehre des Marxismus-Leninismus führen und statt der gegenwärtigen Normalisierung den verheerenden militärischen Gegensatz entlang vielen tausend Kilometern unserer gemeinsamen Grenze bewahren.

Man könnte keine Kompromißbereitschaft zeigen und unter der Bedrohung eines schnellen Atomschlages der „Pershing“ leben, der wir nichts Gleiches entgegensetzen konnten.

Man könnte anders in bezug auf die europäische und die deutsche Sache handeln und statt der „Charta des neuen Europa“, des Vertrages der Sechs und des Großen Vertrages mit Deutschland eine mit einem Weltkrieg schwangere allgemeineuropäische Krise haben. Nicht die Deutschen würden in dem Fall Wohnungen für unsere Soldaten bauen, sondern unsere Soldaten würden dann Schützengräben auf deutschem Boden ausheben.

Man könnte die sogenannte Klassenmethode anwenden und sich auf die Seite des Aggressors am Persischen Golf stellen, aber wie sähen wir dann aus?

Die Außenpolitik handelt. Sie handelt in allen Richtungen, in allen Bereichen des internationalen Lebens. Sie handelt und erleichtert der dritten Welt die Regelung regionaler Konflikte, der Schuldenprobleme, des Auswegs aus dem Elend. Sie handelt im Interesse der Konsolidierung der Kräfte der Welt für die Überwindung der Drohung einer ökologischen Katastrophe.

Sie gibt ihre Erfahrung weiter an die Unionsrepubliken bei der Gewährleistung ihrer realen Souveränität, unterstützt sie schon vor dem Abschluß eines Unionsvertrages bei der Teilnahme an internationalen Angelegenheiten. Jede Republik hat ihren Minister im Konsultativrat des Unions-Außenministeriums.

Wir legen unsere Sorgen und unsere Verantwortung nicht auf fremde Schultern. Wir suchen nicht Schuldige von außen. Wir wissen, was wir tun und wie wir es tun. Wir arbeiten mit dem Obersten Sowjet zusammen, mit den Abgeordnetengruppen, einzelnen Parlamentariern. Wie auch sie wollen wir, daß die Priorität allgemein menschlicher Werte, Rechte, das Einverständnis, der Schutz der Grundfreiheiten der Bürger, die gegenseitige Suche von Lösungen für verknottete Probleme im inneren Lebens des Landes bekräftigt werden.